Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

23. Sitzung
28. September 2023

Beginn: 09.03 Uhr
Schluss: 12.05 Uhr
Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Julia Schneider (GRÜNE) fragt für ihre Fraktion:

> Hat das Land Berlin oder die Berliner Wasserbetriebe Vereinbarungen mit der LEAG getroffen oder in Erwägung gezogen, die Schweigepflichten bezüglich der Verschmutzung von Wasser in Folge des Bergbaus enthalten?

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) stellt klar, dass das Land Berlin und die BWB keine entsprechende Vereinbarung getroffen oder in Erwägung gezogen hätten. Dem Land Berlin lägen keine Informationen vor, dass andere Bundesländer oder Wasserversorger Vereinbarungen getroffen hätten, die Schweigeklauseln enthielten. Derartige Ansinnen würden auch zurückgewiesen.

Katalin Gennburg (LINKE) fragt für ihre Fraktion:

> Wie bewertet der Senat die Müllberge nach dem Berlin-Marathon, unmittelbar nachdem die Berliner*innen beim World Cleanup Day die Stadt ehrenamtlich und kostenfrei gereinigt haben?

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) merkt an, dass die Antwort zunächst kursorisch sei, da die Frage sehr kurzfristig eingegangen sei. Die BSR sowie die fünf Bezirke, die davon betroffen gewesen seien, seien angefragt worden. Die Antworten der meisten Bezirke müssten schriftlich nachgereicht werden. Das Ordnungsamt Tempelhof-Schöneberg habe jedoch ge-

meldet, dass es kein erhöhtes Aufkommen an Beschwerden im Meldesystem gebe. Grundsätzlich seien die Veranstalter von Großveranstaltungen verpflichtet, ausreichend Müllbehälter aufzustellen, die Reinigung zu veranlassen sowie die Kosten zu übernehmen. Der Leitfaden „Abfallarme Großveranstaltungen“ der SenMVKU sei die Referenz. Auch die Förderung von Sportgroßveranstaltungen der SenInnSport verlange ökologische und soziale Nachhaltigkeitskriterien. Die Erfahrung sei aber, dass die eigentliche Strecke der Veranstaltung nicht am stärksten von Vermüllung betroffen sei, sondern die angrenzenden Straßen und Grünflächen, wo sich die Besucher/Besucherinnen nach Ende der Veranstaltung aufhielten. Hierzu stünden Ämter und Behörden regelmäßig im Austausch. Das Engagement der Bürger gegen Vermüllung am World Cleanup Day sei sehr zu begrüßen. Dass zeitlich unmittelbar darauf wieder Vermüllung nach dem Berlin Marathon zu sehen gewesen sei, sei ungünstig. Letztlich trage auch der einzelne Besucher der Veranstaltung die Verantwortung, die zahlreichen Abfallbehälter auch zu nutzen.

Katalin Gennburg (LINKE) bittet, dass die Senatorin klar äußere, dass es einen Widerspruch zwischen Umweltschutz und solchen Großevents gebe, wenn diese derartige Müllberge produzierten. Der Hinweis auf die Eigenverantwortung sei unzureichend.

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) unterstreicht, dass ein unachtsamer Umgang mit Müll auf öffentlichen Flächen nicht nachzuvollziehen sei. Die SenMVKU setze ihren Fokus daher auf die Sensibilisierung zur Müllvermeidung. Davon würden auch Veranstalter nicht ausgenommen. Die Menschen müssten wertschätzender mit ihrer Umwelt umgehen.

Danny Freymark (CDU) greift auf, dass an diesem Tag auch die Lenkungsgruppe Görlitzer Park unter Vorsitz der Staatssekretärin tage. Was sei zu erwarten, und welche Ziele seien gesetzt?

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) berichtet, dass auf dem Sicherheitsgipfel am 8. September 2023 verschiedene Maßnahmen beschlossen worden seien, die mehrere Bereiche beträfen. Das seien unter anderem die Sicherheit in und der Schutz von Grünanlagen sowie Sozial- und Gesundheitsthemen im Kontext von Drogensucht und Obdachlosigkeit. Zur Umsetzung der Maßnahmen sei der Lenkungskreis vereinbart worden, in dem die betroffenen Senatsverwaltungen, Bezirke und weitere Akteure eingebunden seien. Die erste Sitzung finde an diesem Nachmittag statt. Zunächst werde ein Arbeitsverfahren beschlossen. Es werde Unterarbeitsgruppen zu den Themenbereichen geben. Die Lage vor Ort solle gemeinsam verbessert und pragmatische Lösungen, die die Bewohner vor Ort akzeptierten, gefunden werden.

Danny Freymark (CDU) fragt nach, ob die Laufzeit des Lenkungskreises absehbar sei.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) antwortet, dass beim heutigen Treffen vereinbart werde, mit welchen Formaten und Prozessen die Zusammenarbeit ablaufen solle. Sie gehe von monatlichen Treffen aus. Es würden Meilensteine gesetzt und konkrete Zeitrahmen erarbeitet. Manche Maßnahmen müssten kurzfristig umgesetzt werden, andere seien langfristig angelegt. Die jeweiligen Vorstellungen von Bezirken und Senat würden heute abgeglichen. Der Lenkungskreis werde wahrscheinlich bis auf Weiteres eine Daueraufgabe bleiben.

Linda Vierecke (SPD) bittet um Ausführungen, wie die neu eingerichtete Senatskommission Klimaschutz sicherstelle, dass alle Senatsverwaltungen die Klimaschutzziele erreichten, und wie das überprüft werden könne.

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) erläutert, dass die Aufgaben der Senatskommission Klimaschutz als zentrales klimapolitisches Governance-Instrument die Überwachung der Erreichung der Ziele durch alle Fachressorts und die Identifikation von Maßnahmen zur Nachsteuerung bei Nichterreichung seien. Alle Senatsverwaltungen und die Senatskanzlei seien beteiligt. Die Kommission bestehe aus drei Ebenen, die aufeinander aufbauten und in vier Zyklen pro Jahr tagten. Es werde versucht, Zielkonflikte und Hemmnisse zunächst auf der interministeriellen Arbeitsgruppe zu lösen, dann auf der Ebene der Staatssekretäre. Zuletzt würden Beschlüsse durch die Senatsmitglieder herbeigeführt. Auch Konflikte bei der Umsetzung des Sondervermögens, die nicht durch dessen Lenkungsausschuss gelöst werden könnten, würden der Senatskommission vorgelegt. Zentrale Instanz sei das Overboard. Mit der Struktur würden Meilensteine kontrolliert und aufgedeckt, wenn Konfliktpotenzial bestehe. Das sei angelehnt an Sonderkommission Wohnungsbau. Konflikte sollten noch im Vorfeld der politischen Ebene ausgeräumt werden. Die Geschäftsstelle bestehe aus sechs Personen, je drei von der Senatskanzlei und der SenMVKU.

Linda Vierecke (SPD) fragt nach, ob die Senatskommission beim Sondervermögen Klimaschutz entscheidungsberechtigt sei.

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) antwortet, dass zunächst das Lenkungsgremium des Sondervermögens für Entscheidungen zuständig sei. Erst bei gegenläufigen inhaltlichen Interessen sei die Senatskommission zuständig.

Der **Ausschuss** schließt die Aktuelle Viertelstunde ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) berichtet, dass die Arbeiten an der Berliner Nachhaltigkeitsstrategie weiter voranschritten. In dieser Woche seien vom Senat die Eckpunkte beschlossen worden, die von der senatsverwaltungsübergreifenden Arbeitsgruppe seit September 2022 erarbeitet worden seien. Die Nachhaltigkeitsstrategie sei im Koalitionsvertrag vereinbart und diene der Erreichung der 17 Nachhaltigkeitsziele, die unterschiedliche Themen wie Gesundheit, hochwertige Bildung, sauberes Wasser und weitere Ziele umfassten. Das betreffe alle Senatsverwaltungen, die dazu bereits Einzelstrategien entwickelt hätten. Diese würden in der Nachhaltigkeitsstrategie strategisch zusammengeführt. Das sei wichtig, um bis 2030 Zielsetzungen in den fünf Transformationsfeldern menschliches Wohlergehen, Teilhabe und gesellschaftlicher Fortschritt, resilienter Lebensraum der Zukunft, nachhaltige Wirtschaft, Finanzen und Konsum und Infrastruktur und Mobilität von morgen erarbeiten zu können. Die Strategie basiere auf vier Säulen. Die erste Säule sei ein starker Fokus auf die Umsetzung mit der Umsetzungsallianz, wo alle Aktivitäten dazu sichtbar gemacht würden. Es werde kooperativ mit der Stadtgesellschaft zusammengearbeitet und diskutiert und Pilotumsetzungsprojekte initiiert. Die weiteren Säulen seien Lernen, Vernetzung und Kommunikation. – Die Auftakt-

konferenz finde am 19. Oktober 2023 auf dem EUREF-Campus statt. Die SenMVKU habe drei Workshops vorbereitet, die sich den verschiedenen Dimensionen der Nachhaltigkeit widmeten.

Katalin Gennburg (LINKE) bittet, dass auch noch zum Senatsbeschluss der neuen Bauordnung berichtet werde, weil diese auch für den Umweltbereich relevant sei.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ weist darauf hin, dass nur Fragen zum Inhalt des Berichts des Senats gestellt werden dürften.

Linda Vierecke (SPD) fragt nach, wie die Bezirke eingebunden worden seien. Viele der Nachhaltigkeitsziele müssten in den Bezirken mit konkreten Maßnahmen umgesetzt werden. Es sei positiv, dass Berlin die Nachhaltigkeitsziele, wenn auch spät, nun angehe.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) erläutert, dass es die Nachhaltigkeitsziele seit 2015 gebe und bis 2030 umgesetzt werden müssten. Da die Bezirke bereits viel erarbeitet hätten, hätten diese bereits kurz nach Amtsantritt des neuen Senats ihre Projekte als Ausgangsbasis der Strategie präsentieren können und würden selbstverständlich auch in die Strategieentwicklung einbezogen. In der Veranstaltung am 19. Oktober würden in drei Workshops die Schwerpunkte für Berlin in den Bereichen ökonomische, ökologische und soziale Transformation erarbeitet. Das werde mit allen Beteiligten abgestimmt.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) bittet um Erläuterung, ob es Planungen gebe, eine Koordinierungsstelle für Bildung für nachhaltige Entwicklung bei der Senatskanzlei anzusiedeln. Hamburg mache damit gute Erfahrungen. Bei der Umweltverwaltung gebe es dafür Stellen, aber da das Thema ein Querschnittsthema sei, könne eine Konzentration vorteilhaft sein.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) antwortet, dass ihr keine Planungen dahingehend bekannt seien. Sie werde bei der Senatskanzlei nachfragen und nachträglich berichten.

Julia Schneider (GRÜNE) fragt nach, welche Ziele/Zwischenziele es für die Strategie gebe.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) erläutert, dass vom Landesamt für Statistik ein Indikatorenbericht entwickelt worden sei, der den aktuellen Stand in den definierten Transformationsfeldern in Berlin darstelle und Erfolge messbar mache. Dieser Bericht werde fortgeführt und weiterentwickelt.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs 0093
Situation in den bezirklichen Ämtern für Umwelt- und Naturschutz und in den Fachbereichen für Grünflächen UK
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – 0085
Drucksache 19/0940 UK
Gesetz zur Neufassung des Landes-Immissionsschutzgesetzes Berlin und Änderung weiterer Vorschriften

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) erläutert, dass das Landes-Immissionsschutzgesetzes Berlin seit 2005 nur einmal 2010 geringfügig geändert worden sei. Die vorgesehene Anpassung solle die Anwendung des Gesetzes vereinfachen und den Vollzug entlasten, die bundes- und landesrechtliche Immissionsrechtsordnung vereinheitlichen und zu mehr Rechtssicherheit und Transparenz durch verbindlich geltende Regelungen für die Ermittlung und Beurteilung von Geräuschimmissionen beitragen. Aufgrund der Vielzahl der Änderungen werde das Gesetz als Ablösungsgesetz erlassen.

Die Begünstigung von Veranstaltungslärm gegenüber anderen Lärmarten sei aufgrund der großen nationalen und internationalen Bedeutung Berlins als Kulturstandort gerechtfertigt und werde nicht geändert. Das Abbrennen von Feuerwerken werde erstmals landesemissionsschutzrechtlich erfasst. Da Feuerwerk Teil des Sprengstoffrechts des Bundes seien, seien Regelungen auf der Landesebene nur eingeschränkt möglich. Ein generelles Verbot sei nicht möglich. Zukünftig hätten Behörden aber die Befugnis, das Abbrennen von Feuerwerk hinsichtlich der Häufigkeit und Dauer zu beschränken, soweit dies zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen erforderlich sei. – Das häufig geforderte Verbot von Laubbläsern sei aufgrund von EU-Recht nicht möglich, aber bundesrechtlich gebe es in der Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung tageszeitliche Betriebsverbote für Laubbläser, Freischneider und weitere Geräte. Die dort vorgesehenen Gebiete würden nun auf Kerngebiete, Mischgebiete, Dorfgebiete, urbane Gebiete und Gebiete, die der Erholung dienten, wie Grünanlagen, ausgedehnt. Nur in besonders lärmsensiblen Gebieten wie Wohn-, Kur- und Klinikgebiete gebe es Betriebsverbote. Mit den vorgesehenen Äderungen werde für alle dem Wohnen dienende Gebiete das gleiche Lärmschutzniveau hergestellt. Gesetzliche Ausnahmen gälten, wenn der Einsatz der Maschinen im Rahmen der Daseinsvorsorge oder zur Sicherstellung des Betriebs von Sportanlagen erfolge.

Julia Schneider (GRÜNE) teilt mit, dass ihre Fraktion der Vorlage zustimmen werde, weil sie die Rechtssicherheit und den Vollzug verbessere. In diesem Kontext plädiere sie aber auch dafür, den Lärmaktionsplan umzusetzen. Die Identifizierung von Lärmorten mit Beteiligung der Bevölkerung sei gut, aber nur ein erster Schritt. Gerade der Verkehr verursache einen beständigen und belastenden Hintergrundlärm. Ein stadtweites Tempolimit von 30 Kilometern pro Stunde, eine Verkehrsberuhigung und eine stärkere Verkehrsüberwachung gegen illegale Straßenrennen könnten diesen Hintergrundlärm und den damit einhergehenden Feinstaub bekämpfen. – Die ebenfalls erfolgende Anpassung des Bestattungsgesetzes werde ebenfalls begrüßt, da die Religionsausübung von Juden und Muslimen durch Einführung der Ausnahmeregelung von der 48-Stunden-Frist vor Bestattungen verbessert werde.

Alexander Bertram (AfD) führt aus, dass die Änderungen teilweise gut seien, aber manche zu kritisieren seien. Die Änderung des Immissionsschutzgesetzes sei grundsätzlich zu begrüßen, da die Unklarheiten zum Baulärm beseitigt, Vorschriften ausgelichtet und der Vollzug bürokratischer Vorgänge nachvollziehbarer und damit kostengünstiger werde. Das vorgesehene Anzeigeverfahren sei besser als das bürokratielastigere und teurere Genehmigungsverfahren. Die Lockerung der Vorgaben zur Aufrechterhaltung des Betriebs von Sportanlagen sei überfällig gewesen. – Zu kritisieren sei die bestehende Zulässigkeit von Laubbläsern. Es wäre besser, wenn nur lärmarme und elektrische Geräte zugelassen würden. Die Grünflächenämter und die BSR könnten mit gutem Beispiel vorangehen. Das könne auch das Problem von Lärm durch die Sportanlagen- und Grünflächenpflege während der Mittagsruhe lösen. Die Einschränkungen beim Feuerwerk seien kritisch, da damit dass in der Bevölkerung beliebte Feuerwerk weiter zurückgedrängt werde.

Linda Vierecke (SPD) unterstreicht, dass die Vereinheitlichung und die weitere Einschränkung des Abbrennens von Feuerwerk der richtige Weg sei. Es gehe darum, Menschen vor dem Lärm und Unfällen mit Feuerwerk zu schützen. Auch Tiere würden durch den Lärm stark beeinträchtigt. Deswegen sei die Orientierung, die das Gesetz nun biete, richtig. – Touristen verursachten in Berlin ebenfalls Lärm, der Anwohner belaste. Um diesen Zielkonflikt aufzulösen, müsse auch Touristenlärm in das Förderprogramm Schallschutzfenster aufgenommen werden. – Um den Verkehrslärm zu reduzieren, müsse die Mobilitätswende vorangetrieben und bestehende Tempo-30-Zonen erhalten und weitere eingerichtet werden.

Danny Freymark (CDU) zeigt sich erfreut, dass das Gesetz überarbeitet werde. Das Abgeordnetenhaus erreiche viele Petitionen bezüglich Lärm, darunter Beschwerden über morgendlichen Lärm von Laubbläsern oder Straßenbahnen, die quietschend um Kurven führen. Das seien Themen, die möglicherweise auch an anderer Stelle angegangen werden könnten und müssten. – Leider sei das Abbrennen von Feuerwerk rund um das Tierheim nicht verboten worden. Appelle an die Bevölkerung, dort auf Feuerwerk zu verzichten, zeigten kaum Wirkung. Das betreffe vermutlich die bundesgesetzliche Regelungskompetenz und könne daher nicht landgesetzlich gelöst werden.

Katalin Gennburg (LINKE) greift auf, dass Lärm durch Tourismus ebenfalls eine Belastung sei. Gebe es hier einen Zielkonflikt zwischen der Wirtschaftsverwaltung, die die Zunahme von Tourismus und Langstreckenflügen begrüße, und dem Lärmschutz? Sie bitte um eine Klarstellung, wie der Senat den Fluglärm im Süden Berlins bewerte und ob das im Kontext dieses Gesetzes diskutiert worden sei.

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) unterstreicht, dass der Senat die bessere Anbindung der Metropole Berlin auch über Langstreckenverbindungen begrüße. Der BER prüfe viele Möglichkeiten, um die Lärmbelastung so weit wie möglich zu reduzieren. Es sei möglich, beides miteinander zu verbinden.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) weist darauf hin, dass unter § 5 Absatz 4 Satz 1 und 2 der Neufassung des Immissionsschutzgesetzes Berlin vorgesehen sei, dass die zuständige Behörde Feuerwerk einschränken könne, soweit dies für den Schutz der Allgemeinheit und dem Schutz der Nachbarschaft vor schädlichen Geräuscheinwirkungen erforderlich sei. Ihrer Auffassung nach erlaube das auch die Berücksichtigung von Tierheimen.

Dr. Marlen Suckau-Hagel (SenWGP) bittet, dass der Ausschuss den Artikel 4, Änderung des Bestattungsgesetzes, der Vorlage – zur Beschlussfassung – streiche. Ihr Referat in der SenWGP sei auch für das Bestattungswesen zuständig, weshalb sie darauf hinweisen könne, dass das Bestattungsgesetz bereits in Gänze überarbeitet worden und derzeit noch im Beteiligungsverfahren sei. Darin entfalle die 48-Stunden-Regelung komplett. Bei der Erarbeitung des Artikel 4 in der vorliegenden Fassung sei ein Fehler passiert, da er die Bezirksämter mit zusätzlich zu erteilenden Ausnahmegenehmigungen weiter überlaste und in wenigen Monaten erneut überarbeitet werde, was möglicherweise Verwirrung verursachen könne.

Frank-Christian Hansel (AfD) bittet, dass der Senat eine Einschätzung abgebe. Solle das Abgeordnetenhaus per Änderungsantrag die Neufassung ändern?

Danny Freymark (CDU) vertritt den Standpunkt, dass zunächst das weitere Verfahren beraten werden müsse. Eine sofortige Änderung könne leichtfertig sein.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) stimmt zu, dass der Punkt vertagt und erneut beraten werden solle. Der Ausschuss sei federführend und habe daher eine große Verantwortung.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) wendet ein, dass der Einwand fachlich nachvollziehbar sei, aber ein spontanes Rausstreichen eine unbeabsichtigte negative Wirkung in der muslimischen Community haben könne. Es brauche eine konkrete Perspektive, wann das Bestattungsgesetz geändert werde, um die Akzeptanz des Vorgehens sicherzustellen.

Dr. Marlen Suckau-Hagel (SenWGP) erläutert, dass das Gesetz in ein bis zwei Monaten im Abgeordnetenhaus vorliege. Es sei bereits im Beteiligungsverfahren bei den anderen Senatsverwaltungen und komme danach zur Beschlussfassung in den Senat.

Julia Schneider (GRÜNE) bittet, dass ihr die Ausführungen schriftlich nachgereicht würden, um ein besseres Verständnis zu bekommen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Verschriftlichung allen Ausschussmitgliedern vorgelegt werden müsse. – Bei einer Vertagung könne die Neufassung in vier Wochen erneut in der Tagesordnung aufgerufen werden. Es könne aber sein, dass das Bestattungsgesetz erst in zwei bis drei Monaten vorliege. Das müsse bei einer Vertagung beachtet werden.

Frank-Christian Hansel (AfD) schlägt vor, dass jeder Artikel der Neufassung mit Ausnahme des Artikels 4 einzeln beschlossen werden könne.

Danny Freymark (CDU) unterstreicht, dass die Koalition den Antrag in Ruhe beraten wolle. Daher sei eine Vertagung die einzige Option. Statt in vier Wochen könne es auch später wieder aufgerufen werden.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) wendet ein, dass nicht zu lange vertagt werden dürfe. Es habe im Gesetzesverfahren bereits Verzögerungen gegeben.

Der **Ausschuss** beschließt, den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum stärken und Sauberkeit sicherstellen** (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)	0098 UK

Danny Freymark (CDU) weist hin, dass die Sauberkeit im öffentlichen Raum weiterhin ein Problemfeld sei. Die Aufenthaltsqualität habe mit zusätzlichen Toiletten und Trinkbrunnen gesteigert werden können, aber die Beschwerden der Bürger über Vandalismus und Verdreckung nähmen zu. Dass zwölf Bezirke zuständig seien, das Budget aber begrenzt sei, erschwere die Lösung. Das Pilotprojekt mit der BSR laufe gut, könne aber nicht alle Probleme lösen. Letztlich würden von 2 700 Grünflächen nur 100 von der BSR gesäubert. In der Bevölkerung gebe es aber eine große Erwartungshaltung, Sauberkeit herzustellen. Das sei auch eine Frage von Umweltgerechtigkeit. Die Senatsverwaltung solle darstellen, welche Schwerpunkte sie im Haushalt setze. Sauberkeit sei auch in andern Einzelplänen verortet, was es für Außenstehende erschwere, nachzuvollziehen, welche Möglichkeiten es gebe.

Linda Vierecke (SPD) unterstreicht, dass Sauberkeit und Aufenthaltsqualität von Grünflächen in besonderem Maße auch eine soziale Frage sei. Eltern und Kinder ohne Zugang zu einem Garten seien in besonderem Maße auf saubere Spielplätze angewiesen. Idealerweise habe auch jeder Spielplatz eine Toilette. Jugendliche ab zwölf Jahren hätten kaum Räume, wo sie ohne Konsumzwang zusammen sein könnten. Dafür seien Parks wichtig, die auch rund um die Uhr offen sein müssten. Einsamkeit sei ein Problem in der Stadt. Pankow habe sogenannte „Plauderbänke“ aufgestellt, die explizit dazu einlüden, sich zu unterhalten. Das unterstreiche den sozialen Aspekt von Grünflächen. Ihre Vision seien saubere Grünflächen, die allen offenständen, Gemeinschaft stifteten und für Erwachsene und Kinder grüne Erholungsflächen seien, die ihre Bedürfnisse berücksichtigten.

Katalin Gennburg (LINKE) kritisiert, dass der Senat mit seinen Vorschlägen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität nur Symptome statt den Ursachen angehe. Durch eine Reduzierung des Autoverkehrs könne die Straßenfläche neu aufgeteilt werden, was die Mobilität von Kindern sowie die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum stärken könne. Der Senat schwäche aber das Mobilitätsgesetz, das genau diese Neuaufteilung zu Ziel gehabt habe. Es brauche eine Neuaufteilung sowie die Eröffnung neuer öffentlicher Räume gerade dort, wo ein hoher Nutzungsdruck bestehe. Stattdessen wolle der Senat die Aufenthaltsqualität nur durch Zäune

um Parks, mehr Polizei und mehr Videoüberwachung stärken. – Es könne auch nicht die Lösung sein, der BSR immer weitere Grünflächen zur Säuberung zu übertragen. Die Grünflächenpflege solle bei den Grünflächenämtern der Bezirke verbleiben. Manche Bezirke seien besonders stark von Tourismus betroffen, die im öffentlichen Raum Nahrung konsumierten und damit auch erheblich zur Vermüllung beitrügen. Hier müsse angesetzt werden, aber eine Einwegverpackungssteuer, wie die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorschlage, sei nicht das richtige Steuerungsmittel. – Die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum sei auch nicht alleine von Sauberkeit abhängig, sondern könne auch durch Sitzmöbel und an heißen Tagen auch durch Verschattung gesteigert werden. Wie bewerte der Senat die Forderungen des FUSS e.V., pro Kilometer eine Sitzbank aufzustellen? Wie bewerte der Senat Spielstraßen und Kiezblocks als Beiträge zur Aufenthaltsqualität? Welche Straße in Berlin könne anstatt der Friedrichstraße für Autos geschlossen werden?

Julia Schneider (GRÜNE) hebt hervor, dass schon die vorherige Koalition von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke einige Maßnahmen gegen die zunehmende Vermüllung angestoßen habe. Wichtig sei, dass die Müllmenge reduziert werde. Es sei nicht ausreichend, die Reinigung immer auszuweiten, wenn gleichzeitig die Müllmenge weiter wachse. – Die Kieztage sei ein Projekt zur Reduzierung der Abfallmenge, weil an diesen Tagen Sperrmüll problemlos abgegeben werden könne und diese den Bürgern/Bürgerinnen in Berlin die Möglichkeit biete, sich miteinander über Abfallvermeidung auszutauschen. Weitere gebrauchte Objekte würden von der BSR im Gebrauchtwarenhaus NochMall angeboten. Das habe die alte Koalition ermöglicht, um dafür zu sensibilisieren, dass auch gebrauchte Gegenstände weiter genutzt und repariert werden könnten. Außerdem seien in Parks weitere Müllbehälter aufgestellt, die Parkreinigung durch die BSR ausgeweitet und in der Zero-Waste-Strategie ambitionierte Ziele verabschiedet worden. Dennoch sinke die Müllmenge nicht, und die Mehrwegangebotspflicht habe bislang keinen großen Effekt auf den Verpackungsmüll im öffentlichen Raum, sodass es weitere Maßnahmen brauche. Der Antrag für eine Verpackungssteuer auf Einweggeschirr ihrer Fraktion ziele darauf ab. Die SPD Berlin habe sich ebenfalls für eine derartige Steuer ausgesprochen. – Zur Aufenthaltsqualität habe auch der Stadtverschönerungstitel im Haushalt beigetragen. Damit hätten Bänke aufgestellt und Bäume gepflanzt werden können. Sie ermutige die Koalition, diesen Bereich finanziell zu stützen.

Alexander Bertram (AfD) kritisiert, dass die bisherigen Maßnahmen und neuen Vorschläge die fortschreitende Vermüllung nicht gelöst hätten und nicht lösen würden. Das diskutierte Schließen von Parks sei ein Eingeständnis des Versagens, und die Verpackungssteuer habe laut einer Studie der Universität Tübingen keinen Effekt auf die Müllmenge. Allenfalls sei das Mehrwegangebot gestiegen, aber in Berlin gebe es bereits die Mehrwegangebotspflicht. Es brauche einen größeren Kontrolldruck durch Polizei, Ordnungsamt sowie eine bessere personelle Ausstattung dieser.

Danny Freymark (CDU) verwahrt sich gegen den Vorwurf, dass die aktuelle Koalition nicht handele. Die vorherige Koalition habe einiges angestoßen, worauf auch aufgebaut werden könne, aber die aktuelle Regierung werde in den nächsten drei Jahren den Fokus auf praktische Maßnahmen legen. Sie habe auch den Mut, ein Sondervermögen aufzusetzen. Angesichts dessen, dass Berlin zu 55 Prozent aus Wald, Wasser, Grünanlagen und Landwirtschaftsflächen bestehe, sei es nicht nötig, ständig Flächen zur Entsiegelung zu suchen. Es würden konkrete Maßnahmen angestoßen, um die Schwammstadt, Dachbegrünung und Entsiegelungen voranzubringen. – Dass die Abgeordneten Gennburg noch nicht beschlossene

Änderungen wie beim Mobilitätsgesetz kritisiere, zeige, dass ihre Fraktion keine eigenen Leistungen vorzuzeigen habe. Die Änderungen würden derzeit noch in der Koalition besprochen.

Katalin Gennburg (LINKE) wendet ein, dass sie die Leistungen der vorherigen Koalition und ihrer Fraktion insofern würdige, dass sie die geplanten Änderungen der neuen Koalition hart abfragen werde. Sie stehe weiterhin zu Spielstraßen und Kiezblocks. Letztere seien auch durch ihre Fraktion durchgesetzt worden. Die Änderungen des Mobilitätsgesetzes würden zwar noch in der neuen Koalition abgestimmt, aber das Ansinnen, den Vorrang für das Auto wiederherzustellen, sei bereits deutlich. Die Radwegeplanung sei auf Betreiben der Senatorin pausiert worden. Wie wolle die Koalition stattdessen Gerechtigkeit auf der Straße schaffen? – Sie begrüße, dass die CDU-Fraktion die Schuldenbremse kritisiere und ein Sondervermögen plane. Hier sei Zusammenarbeit möglich.

Bezüglich der Reduzierung der Müllmenge brauche es eine andere Konsumpolitik in der Stadt. Es gebe sehr viele Möglichkeiten, und gerade große Lebensmittelkonzerne würden große Mengen an Müll produzieren. Dort müsse angesetzt werden, indem beispielsweise regionale Wirtschaftskreisläufe und alternative Versorgungs- und Konsummethoden wie Konsumgenossenschaften gefördert würden. Der lokale Fleischer verpacke seine Produkte in einem Papier, während bei großen Lebensmittelkonzernen Fleisch in Plastikschalen verkauft werde. Ihre Fraktion wolle daher lokale Märkte stärken, etwa indem die Kaufhäuser des Signa-Konzerns übernommen und dort Genossenschaften untergebracht würden.

Linda Vierecke (SPD) weist hin, dass das Thema Mobilität besser im Mobilitätsausschuss besprochen werden solle. Die SPD Berlin stehe aber dazu, dass sie keine Aushöhlung des Gesetzes wolle. Das sowie Kiezblocks seien auch Interessen der SPD. – Beim Sondervermögen sei es wichtig, dass auch Klimaresilienzmaßnahmen damit umgesetzt werden könnten. Hitzesommer seien ein zunehmendes Problem. Das sei möglicherweise kostenintensiv, komme aber vielen Menschen zugute. Das könne ein Kriterium des Sondervermögens sein.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) kritisiert, dass die Koalition das Sondervermögen nur ankündige, aber immer noch keine konkreten Maßnahmen und Projekte, die damit bezahlt werden könnten, vorgeschlagen habe.

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) unterstreicht, dass seitens der Koalition einige Maßnahmen vereinbart und teilweise schon in der konkreten Umsetzung seien. Seit dem 1. Mai 2023 sei die BSR für die Entsorgung illegaler Müllablagerungen zuständig und schließe mit den Bezirken Zielvereinbarungen ab. Die Reinigung von Grünanlagen durch die BSR werde ebenfalls ausgebaut und durch weitere Haushaltsmittel abgesichert. Im Bereich der Aufklärung und der Zero-Waste-Agentur seien ebenfalls weitere Entwicklungen angedacht. Die zwei Kieztage pro Bezirk im Jahr würden gut angenommen. Seitens der Verwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen gebe es ein Förderprogramm für ein verbessertes Sauberkeits- und Sicherheitsempfinden in Großsiedlungen. Die Initiative „Zusammen sind wir Park“ und das Pilotprojekt Parkbetreuung würden fortgesetzt. Die Bezirke und Ordnungsämter hätten in diesem Bereich eine wesentliche Rolle inne, aber die Ordnungsämter seien zeitlich auch stark belastet. Insofern hätten auch die Parknutzer selbst Verantwortung für die Sauberkeit in Grünanlagen. Dazu gebe es auch viele zivilgesellschaftliche Initiativen, die aber die Kapazitätsengpässe bei den bezirklichen Stellen nicht auffangen könnten. – Eine Verpa-

ckungssteuer wäre bundesweit sinnvoller, weswegen das auch in der nächsten Umweltministerkonferenz besprochen werde. – Die Aspekte der Verschattung, der Aufenthaltsqualität und Sitzmöglichkeiten würden im kommenden Haushalt aufgegriffen. Spielstraßen seien ein erfolgreiches Konzept und würden ebenso wie eine sinnvolle Verkehrsberuhigung und Radwegeausbau von der Koalition unterstützt.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 6 der Tagesordnung

Mitteilung – zur Kenntnisnahme – 0100
Drucksache 19/0565 UK
Gesamtstrategie Saubere Stadt
Drucksache 19/0400 (Aufgabenbeschluss B.115)
(auf Antrag der Fraktion der SPD)

Linda Vierecke (SPD) weist hin, dass die Sachlage bekannt sei und die Strategie schnell auf den Weg gebracht werden solle.

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) erläutert, dass halbjährlich zur Gesamtstrategie berichtet werde. Die Stichworte seien bekannt und bereits unter dem vorherigen TOP angesprochen worden. Insgesamt solle es mehr Angebote für eine legale Entsorgung, Bildungs- und Kampagnenarbeit geben. Sie schlage vor, da der Bericht für die Verwaltung aufwendig zu erstellen sei und sich halbjährlich nicht so viel verändere, auf einen jährlichen Turnus zu wechseln und die Kapazitäten für die Umsetzung und Steuerung einzusetzen.

Julia Schneider (GRÜNE) fragt nach, weil es die Bitte um eine Fristverlängerung für den nächsten Bericht gebe, ob dann weitere Fragen beantwortet werden könnten.

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) sichert zu, dass weitere Fragen berücksichtigt werden könnten.

Danny Freymark (CDU) stimmt zu, dass der Berichtszeitraum auf einmal jährlich geändert werde solle.

Julia Schneider (GRÜNE) bittet um Erläuterungen im nächsten Bericht, ob weitere Kooperationen mit Einkaufszentren über den Verkauf gebrauchter Gegenstände geplant und welche Einkaufszentren das seien. Wie sei das Kooperationsmodell ausgestaltet? – Im Bericht seien Workshops und Veranstaltungen aufgeführt. Wer führe diese durch? – Welche Personengruppen nutzten die NochMall in Reinickendorf? Sei das Einzugsgebiet eher lokal oder gesamtstädtisch? Welche Struktur habe das Publikum? – Bezüglich der App, mit der Verunreinigungen im öffentlichen Raum gemeldet werden könnten, werde berichtet, dass die Zahl der Meldungen zurückgegangen sei. Worauf sei das zurückzuführen? Wie werde diese sinnvolle App beworben? – Wann werde der Abschlussbericht zum Verein United against Waste durch die SenBJF veröffentlicht? – Bezüglich der Zero-Waste-Agentur müsse der nächste Bericht ausführlicher ausführen. – Bei der Strategie „Saubere Stadt“ liege der Fokus stark auf den Ver-

brauchern, aber die Unternehmen müssten ebenfalls miteinbezogen werden. Wie könne dieser Aspekt in der Strategie gestärkt werden?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ schlägt vor, dass die Sitzung um 15 Minuten verlängert werde, um den Tagesordnungspunkt nicht erneut vertagen zu müssen.

Katalin Gennburg (LINKE) weist hin, dass die Abgeordneten ihrer Fraktion noch Anschlusstermine hätten.

Danny Freymark (CDU) stimmt zu, dass der Tagesordnungspunkt heute abgeschlossen werden könne.

Der **Ausschuss** beschließt, die Sitzung zu verlängern.

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) teilt mit, dass die zusätzlichen Fragen im nächsten Bericht beantwortet würden.

Danny Freymark (CDU) beantragt, dass der Berichtszeitraum auf einmal pro Jahr geändert werde.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend und nimmt die Mitteilung – zur Kenntnisnahme – Drucksache 19/0565 zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.